

**Internationale Wochen
gegen Rassismus**



DIE INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2014

**Bericht zur Vorbereitungstagung
am 26. September 2013 in Frankfurt/M.**



Einleitung

Das Projekt INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS schließt seit vielen Jahren Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, lokale Initiativen, Städte und Gemeinden zusammen, die sich gegen Rassismus engagieren. In dem gemeinsamen Veranstaltungs- und Aktionszeitraum um den 21. März – dem UN-Tag gegen Rassismus – bündeln die Kooperationspartner alljährlich ihre Aktivitäten, um mit vielen anderen Akteuren in Deutschland und Europa ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Das Projekt INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS wird im Jahr 2013 aus Mitteln des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*, der *Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*, dem *Bündnis für Demokratie und Toleranz*, dem *Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa* unterstützt sowie von weiteren Sponsoren und Unterstützern gefördert.

Noch nie war die Beteiligung an den INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS so groß wie in diesem Jahr: 1.380 Veranstaltungen an weit über 300 Orten haben gezeigt, wie stark das Bedürfnis ist, sich aktiv gegen Ausgrenzung zu engagieren – und wie notwendig eine Kultur der Anerkennung ist. Diese Erfahrungen wurden bei der Vorbereitungstagung für die INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2014 aufgegriffen. Unter dem Motto *Anerkennen statt Ausgrenzen* wurde diskutiert, wie dieser Anspruch in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden kann.

Unter den mehr als 70 Teilnehmenden aus ganz Deutschland waren sowohl Vertretungen der Kooperationspartner, Unterstützer und Sponsoren der INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS (u.a. AWO, DITIB, IG BCE, IG Metall, Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS), Laut gegen Nazis, GEW, Sebastian Cobler Stiftung, Randstad, UNITED for Intercultural Action, Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf, ZDF, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma) als auch Aktive aus Gewerkschaften, Schulen, religiösen Einrichtungen, Migrantenselbstorganisationen, Kommunen, Vereinen und lokalen Initiativen, von denen die Aktionswochen vor Ort umgesetzt werden. Außerdem nahm der Botschafter der INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS, Dr. Theo Zwanziger, an der Vorbereitungstagung teil.



Die Vorbereitungstagung wurde im Jahr 2013 veranstaltet vom *Interkulturellen Rat in Deutschland* mit freundlicher Unterstützung des *Bundesministeriums des Innern*.



Einführung

DR. JÜRGEN MICKSCH / Interkultureller Rat in Deutschland, Darmstadt

Herr Dr. Micksch begrüßt die Teilnehmenden und heißt sie in Frankfurt herzlich willkommen.

Er weist zu Beginn darauf hin, dass die Geschehnisse um den sogenannten „NSU“ in der Debatte um Rassismus aktuell eine wichtige Rolle spielen, aber auch der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft. Der NSU-Abschlussbericht habe deutlich gemacht, dass alle demokratischen politischen Parteien sich darüber einig sind, dass die Politik in diesem Handlungsfeld aktiv werden muss.



Anschließend begrüßt Jürgen Micksch den Botschafter der Internationalen Wochen gegen Rassismus, Dr. Theo Zwanziger sowie Frau Christine Lüders, die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Herrn Dr. Rosenthal, Leiter der Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz und dankt Ihnen für die Teilnahme an der Tagung.

Jürgen Micksch erläutert, dass in manchen Ländern sich der Staat die Durchführung der UN-Wochen gegen Rassismus zur Aufgabe gemacht hat, wie beispielsweise in Frankreich oder Südafrika. Es sei daher begrüßenswert, dass auch in Deutschland zwischenzeitlich staatliche Stellen die Aktionswochen verstärkt unterstützen und fördern.

Nach einigen Informationen zum Ablauf der Tagung, bedankt sich Jürgen Micksch beim Bundesministerium des Innern, das die Durchführung der Vorbereitungstagung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus seit vielen Jahren finanziell fördert.

Er kündigt dann das Grußwort von Frau Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, an.



Grußwort

CHRISTINE LÜDERS / Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)



Eingangs begrüßt Frau Lüders die Tagungsteilnehmenden und ist darüber erfreut, viele vertraute Personen auf der Tagung zu treffen, so u.a. Dr. Theo Zwanziger.

Sie erläutert dann, dass es wünschenswert sei, dass Anti-Rassismus und die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant/innen und Flüchtlingen noch mehr als bisher zum Thema der Politik würden. Dies insbesondere im Hinblick auf aktuelle Vorfälle wie zum Beispiel die rassistischen Proteste gegen Flüchtlinge in Berlin-Hellersdorf. Frau Lüders betont aber auch die Solidarität, die aus der Zivilgesellschaft kommt. Dass diese nicht selbstverständlich ist, zeige sich in der Debatte darüber, wie viele „Wirtschaftsflüchtlinge“ Deutschland aufnehmen könne. Statt Wirtschaftlichkeitserwägungen müsse es mehr Verständnis für Flüchtlinge geben.

Christine Lüders stellt zudem fest, dass Rassismus viel zu selten als solcher wahr genommen und benannt wird – stattdessen werde er meist „den anderen“ zugeschrieben. Die Vorgehensweise im Zuge des sogenannten NSU hätte dies deutlich gezeigt. Es sei beschämend, wie hier die Gefahr von Rechts bagatellisiert worden sei und die Behörden ermittelt hätten. Das Thema müsse daher von allen gesellschaftlichen Akteuren angenommen werden.

Im folgenden betrachtet Frau Lüders, was diesbezüglich die Antidiskriminierungsstelle des Bundes tun kann: Zum einen begrüßt die ADS Vorschläge, wie zum Beispiel einen neuen Aktionsplan gegen Rassismus. Dies auch im Hinblick darauf, dass sich rund $\frac{1}{4}$ der Beschwerden bei der ADS auf ethnische bzw. rassistische Diskriminierung beziehen. Darüber hinaus wird es zwei Forschungsvorhaben zum Thema geben: Eines beschäftigt sich mit der Diskriminierung der Minderheit der Sinti und Roma, das andere mit der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.

Besonders wichtig ist Frau Lüders auch das Themenfeld „Racial Profiling“. Diese Form der rassistischen Diskriminierung dürfe nicht sein und die ADS plane für das kommende Jahr einen Runden Tisch zum Thema. Auch die Mehrfachdiskriminierung, wie beispielsweise von Frauen, die Kopftuch tragen, auf dem Arbeitsmarkt, ist für Christine Lüders ein besonderes Anliegen. Bei diesen Themenfeldern sei die Vorstellung von Best-Practice-Modellen und die Zusammenarbeit von Institutionen und Einrichtung wichtig.

Frau Lüders betont, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung kein Akt der Höflichkeit sei, sondern Voraussetzung für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Dies müssten alle Akteure innerhalb der Gesellschaft, so zum Beispiel auch Unternehmen, begreifen und umsetzen.

Abschließend sagt Frau Lüders, dass sie sich darüber freue, dass es die Internationalen Wochen gegen Rassismus gibt und sie sich noch mehr Aufmerksamkeit für das Projekt und seine Anliegen in den Medien wünscht.



Rückblick 2013 und Planungen 2014

BRITTA GRAUPNER / Interkultureller Rat in Deutschland, Darmstadt

Im ersten Teil ihres Berichts gibt Britta Graupner einen Rückblick auf die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2013, die vom 11.-24. März stattfanden.

Sie informiert, über die Vorbereitungsstagung, die im September 2012 in Erlangen durchgeführt wurde sowie über die Materialien, die im Rahmen der Aktionswochen veröffentlicht wurden. Neben den klassischen Kampagnenmaterialien gehörten hierzu eine neue Broschüre mit dem Titel „Best Practice für Menschenrechte und gegen Rassismus“ sowie ein Mobilisierungsflyer in „Leichter Sprache“. Dieser ist die Umsetzung eines Vorschlag, der auf der Vorbereitungsstagung gemacht wurde, und traf so große Akzeptanz, dass es mehrere Nachauflagen gab.

Frau Graupner berichtet über die begleitende Kampagne „Rassismus fängt im Kopf an!“, die durch zwei neue Motive zu den rassistischen Erscheinungsformen „Antiziganismus“ und „Antisemitismus“ ergänzt wurde.

Die Auswertung der Veranstaltungen - 1.380 Aktivitäten in über 300 Orten waren mehr als je zuvor – habe folgendes ergeben:

Der Trend, dass immer mehr Städte und Gemeinden wie Erlangen, Leipzig oder München eigene Veranstaltungsprogramme durchführen, setzte sich verstärkt fort. Erstmals habe es „eigene Wochen“ gegen Rassismus u.a. in Karlsruhe und Bamberg gegeben und auch städtische Bezirke wie Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin oder Landkreise wie der Schwalm-Eder-Kreis beteiligten sich mit einem eigenen Aktionsprogramm. Zudem hätten sich weitere Städte wie Offenbach, Glinde oder Oschatz mit ihren Veranstaltungen erstmals an der Kampagne „Wir stehen auf“ des Vereins Laut gegen Nazis e.V. beteiligt.

Nach Britta Graupners Einschätzung sei ein Anlass für die große Beteiligung das weiterhin in der Gesellschaft wirkende Entsetzen über die rassistisch motivierten Morde des sogenannten NSU sowie das Vorgehen der Ermittlungsbehörden gewesen. Doch auch andere aktuelle gesellschaftliche Themen beschäftigten die Menschen vor Ort:

- Die Stimmungsmache gegen Zuwandernde aus Osteuropa im Rahmen der EU-Freizügigkeit und der damit wachsende Antiziganismus
- die Auseinandersetzung mit jüdischem Leben in Deutschland und antisemitische Tendenzen
- eingeschränkte Partizipationsrechte für Migrantinnen und Migranten
- die prekäre Situation von Flüchtlingen
- das Schwerpunktthema der diesjährigen Aktionswochen, „Rassismus als Menschenrechtsverletzung“ wurde aufgenommen und umgesetzt und
- neben einer kritischen Auseinandersetzung mit den Realitäten von Rassismus hat man sich auch mit Strategien zu seiner Überwindung auseinandergesetzt.



Die Projektreferentin berichtet über die erste bundesweite Auftaktveranstaltung, die am 11. März von der Landesregierung Rheinland-Pfalz und dem Interkulturellen Rat unter Mitwirkung der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer durchgeführt wurde. Gemeinsam mit von Rassismus und Diskriminierung Betroffenen wurde deren Situation analysiert und dazu aufgerufen, gegen Rassismus aktiv zu werden.

Auch das Medienecho auf die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2013 war erneut stärker als im Vorjahr. Ursachen für die verstärkte Medienpräsenz sieht Frau Graupner

- weiterhin in dem Thema „NSU“
- einem – eventuell damit einhergehenden - wachsenden Bewusstsein für Rassismus als Realität in der Gesellschaft sowie in den
- eigenen Aktionsprogrammen der Städte.

Zum Abschluss des Rückblicks verweist Britta Graupner auf die ausführliche Dokumentation zu den Aktionswochen 2013, die aufzeigt,

- welche Akteure sich wo engagiert haben,
- welche Themen die Menschen beschäftigt haben,
- wie vielfältig und kreativ das gesellschaftliche Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung war und
- welches Medienecho dies hervorgerufen hat.

Nachfolgend informiert Britta Graupner über die Planungen zu den kommenden Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 10.-23. März 2014. Als Botschafter unterstütze erneut Dr. Theo Zwanziger, Vorsitzender der DFB-Kulturstiftung, die Aktionswochen.

Das Materialheft wird sich an dem aktuellen Motto der Aktionswochen „Anerkennen statt Ausgrenzen“ orientieren. Folgende Beiträge seien geplant:

1. Johannes Brandstätter: „Dem Rassismus ins Auge blicken und seine strukturelle Dimension erkennen.“
 2. Hadija Haruna (ISD): „Anerkennen statt Ausgrenzen“
 3. Formen von Ausgrenzung und Strategien zur Anerkennung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen:
 - a. Behörden und Institutionen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 - b. Flüchtlinge: Gergishu Yohannes (PRO ASYL Menschenrechtspreisträgerin)
 - c. Roma: Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
 - d. Sport: Carina Weber, Deutsche Sportjugend
 - e. Arbeitswelt: Mirze Edis, IG Metall
 - f. Bildung: Ursula Neumann, Universität Hamburg
 - g. Medien: Ferda Ataman, Neue Deutsche Medienmacher
 4. Abschlussbericht des NSU-Ausschusses und dessen Bedeutung
 5. Best-Practice-Beispiele zu einer „Anerkennungs-Kultur“ aus der Arbeit des Bündnisses für Demokratie und Toleranz
- + DATEN UND FAKTEN ZU ASYL UND MIGRATION
 + Informationen zu aktuellen Themen und Diskursen
 + Grußwort: Dr. Theo Zwanziger



Darüber hinaus werden zu den Aktionswochen 2014 folgende Materialien publiziert:

- Im Frühjahr wurde bereits der Flyer „Gute Gründe für Ihr Engagement“ veröffentlicht, der explizit Unternehmen anspricht und um eine Sponsorenschaft wirbt. Dieser wurde zum Fundraising für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 bereits eingesetzt.
- Des Weiteren wird ein Mobilisierungsflyer erstellt, der über die Hintergründe der Internationalen Wochen gegen Rassismus sowie über Ausgrenzungsformen informiert und zur Beteiligung auffordert. Ergänzend wird dieser Mobilisierungshandzettel in verschiedenen Sprachen produziert, um Migrantinnen und Migranten in ihrer Herkunftssprache zu informieren und zur Mitwirkung anzuregen.
- Auf Grund der großen Akzeptanz des Flyers in „Leichter Sprache“ wird dieser auch für die Aktionswochen 2014 wieder aufgelegt. Neu in Planung ist ein Faltblatt in Braille-Schrift für blinde oder sehbehinderte Menschen.
- Neben den Aktionsplakaten in den Formaten DIN A2 und DIN A1 wird es auch wieder Handzettel für verschiedene thematische und personelle Zielgruppen in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern geben, so beispielsweise ein Faltblatt zum Thema „Flüchtlinge“ unter gemeinsamer Herausgabe mit PRO ASYL.
- Weiterhin angeboten wird die Broschüre „WHO IS WHO - Kontakte und Informationen für die Antirassismuserbeit vor Ort“ sowie Postkarten und Plakate mit den verschiedenen Motiven der Kampagne „Rassismus fängt im Kopf an!“.

Anschließend berichtet Frau Graupner über die Aktivitäten zur Sicherstellung der Unterstützung und Finanzierung des Projektes.

Bei den Sponsoren aus der gewerblichen Wirtschaft, die sich mit einem Betrag von mindestens € 2.000,- beteiligen sind – auch durch die Unterstützung von Dr. Theo Zwanziger – zwei neue Sponsoren hinzugewonnen worden: Fiat und Siemens. Bei den bisherigen Sponsoren kann von einer Fortführung des überwiegenden Teils der Sponsoren ausgegangen werden.

Auch die große Zahl der zivilgesellschaftlichen Unterstützer wie Sportvereine und -verbände, Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen, Stiftungen oder NGOs wird das Projekt im kommenden Jahr unterstützen.

Folgende staatliche Einrichtungen werden das Projekt mit finanziellen Zuwendungen fördern: Das Bundesministerium des Innern (fördert die Durchführung der Tagung), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, das Bündnis für Demokratie und Toleranz sowie das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa.



Als neuen Kooperationspartner (Einrichtungen, die das Projekt inhaltlich und multiplikatorisch unterstützen) begrüßt Britta Graupner die Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Sie weist darauf hin, dass zur langfristigen und unabhängigen Finanzierung zusätzlich Förderinnen und Förderer gebraucht werden, die das Projekt von der Basis stärken. Bisher konnten – auch auf Grund noch fehlender Aktivitäten in diesem Bereich – erst knapp 30 Personen gewonnen werden. Da eine größere Unterstützung gewünscht und benötigt wird, soll im Rahmen der Aktionswochen ein gesondertes Faltblatt zur Gewinnung von Förderinnen und Förderern konzipiert werden. Zudem gibt es Überlegungen, einen Förderverein zu gründen.

Die thematischen Schwerpunkte entlang des Mottos „Anerkennen statt Ausgrenzen“ benennt Frau Graupner für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 wie folgt:

Rassismus müsse ein notwendiges Handlungsfeld der Politik werden. Es stellt sich die Fragen, was diesbezüglich nach der Bundestagswahl bzw. den Koalitionsverhandlungen zu erwarten ist.

Britta Graupner kritisiert zudem, dass in der Gesellschaft verstärkt Nützlichkeitsabwägungen eine Rolle spielen statt solidarischem Verhalten. Als Stichwort nennt sie hier – und stimmt damit Frau Lüders zu – die gesellschaftliche Ablehnung und rassistischen Proteste gegen Flüchtlinge vor der Unterkunft in Berlin-Hellersdorf oder dem Wohnhaus zugewandelter Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Duisburg. In diesem Zusammenhang stehe auch der zunehmende Antiziganismus, der sich insbesondere gegen Menschen richte, die von der EU-Freizügigkeit Gebrauch machen.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wirkungen von antimuslimischem Rassismus bilde das neue Projekt „Muslime laden ein“ einen besonderen Schwerpunkt, so informiert Frau Graupner. Muslimische Einrichtungen wie z.B. Moscheegemeinden vor Ort werden dazu angeregt, Menschen aus der Nachbarschaft sowie Vereine aus ihren Kommunen zu Vorträgen und Gesprächen einzuladen. Dies soll dazu beitragen, dass Menschen muslimischen Glaubens ihre eigenen Perspektiven und Erfahrungen verdeutlichen können als auch den Abbau von Vorurteilen und Rassismus durch den Aufbau von Dialog- und Begegnungsstrukturen zu befördern. Das Projekt wird gefördert von der Robert Bosch Stiftung und der Dr. Buhmann Stiftung.

Im Anschluss weist Britta Graupner auf die Auftaktveranstaltung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus hin, die für den 10. März 2014 in Hannover in Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesregierung geplant sei.

Abschließend bedankt sie sich bei den Teilnehmenden, Aktiven, Sponsoren, Unterstützern, Kooperationspartnern und dem Botschafter der Aktionswochen, Dr. Theo Zwanziger, sowie dem Bundesministerium des Innern für die finanzielle Unterstützung bei der Durchführung der Tagung.



Wer Rassismus überwinden will, muss anerkennen statt ausgrenzen
HADIJA HARUNA / Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.

Hadija Haruna leitet ihren Vortrag mit einem Erfahrungsbericht über diskriminierenden Sprachgebrauch in einer Zeitungsredaktion ein. Die Situation sei ihr damals nicht nur persönlich unangenehm gewesen, sondern habe auch deutlich gemacht, warum so wenige Journalist/innen mit Migrationsgeschichte in den Redaktionen sitzen: Dies würde für die anderen Journalist/innen bedeuten, sich Gedanken über ihre Wortwahl machen zu müssen.



Frau Haruna meint, diese Anekdote wäre heutzutage ein Fall für die sozialen Medien, wie beispielsweise dem Twitter-Hashtag #schauhin, unter dem sich seit geraumer Zeit Menschen zu Wort melden und über Ihre Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus berichten. #schauhin sei eine Sammlung an Erlebnissen, bei der man eine Ahnung davon bekäme, wie sich Alltagsrassismus in Deutschland anfühlt: Bei der Polizei, in Behörden, in den Medien und in anderen Teilen der Gesellschaft.

Ein solches Teilen von rassistischen Erfahrungen mache nicht schwächer oder erneut zum Opfer. Es nehme den Menschen die Last von den Schultern und mache öffentlich, was oft verborgen bleibe. Hadija Haruna nennt dies eine Strategie des Empowerments – der Selbstbestärkung, die Menschen mit Rassismuserfahrung nutzen, um sich zu positionieren, um sich nicht in die Minderheiten-Ecke drängen zu lassen, um ihre Stimme zu erheben.

Frau Haruna betont, dass die Inhalte der #schauhin-Geschichten nicht neu seien. Seit Jahren würden Menschen in Deutschland über alltägliche, diskriminierenden Erfahrungen berichten. Doch selten würden sie im Mainstream gehört. Dass Diskriminierungen im Bildungsbereich und Benachteiligungen im Arbeitsleben weit verbreitet sind und sich negativ auf den Bildungserfolg, die Leistungsfähigkeit und Arbeitsmotivation der Betroffenen auswirken, hätte jüngst auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in ihrem bisher ausführlichsten Bericht festgestellt.

Rassismus beginne in den Köpfen der Menschen. In der Folge wirke er, so Hadija Haruna, in den Strukturen und Institutionen der Gesellschaft fort. Gewaltbereiten Feinden der Demokratie diene er als Legitimation für menschenverachtende Taten.

Frau Haruna betont, dass die Enthüllungen der Konsequenzen von institutionellem Rassismus der Sicherheitsorgane im NSU-Fall, die anhaltende Debatte über rassistische Polizeimethoden - das so genannte Racial Profiling - und die Rüge der UN Anti-Rassismuskommission im April 2013 zeigten, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem sei, das in Deutschland weder auf politischer noch gesellschaftlicher Basis differenziert genug bearbeitet würde. Es gäbe zudem ein fehlendes Bewusstsein darüber, dass Alltagsrassismus mit institutionellem Rassismus in Deutschland verschränkt sei.



Nachfolgend kritisiert sie die vertane Chance, anlässlich der Buchveröffentlichung von Thilo Sarrazin vor drei Jahren, über salonfähigen Rassismus und Rechtspopulismus zu sprechen. Stattdessen sei ausführlich darüber diskutiert worden, in welchen Punkten er recht haben könnte. Frau Haruna stellt in diesem Zusammenhang die Frage, was wir bräuchten, um zu begreifen, wo rechte Gedanken beginnen und dass es auch so etwas wie einen rechten Liberalismus gäbe. Sie schlägt an dieser Stelle den Bogen zur Partei „Alternative für Deutschland (AfD)“ und deren Verbindung zur rechtsextremen Szene. Sie geht davon aus, dass vielen Mitgliedern und Unterstützern der Partei die rechte Schwingung der Partei nicht bewusst sei, weil viele an Parolen skandierende Rechtsextreme denken würden, wenn sie von der politischen Rechten sprechen. Doch hier liege der Irrglaube, denn heute würde rechtes Gedankengut so formuliert, dass es eine bürgerlich-konservative Schicht anspricht, ohne dabei offen Hass und Rassismus zu verbreiten oder demokratiefeindlich zu sein. Dies gelte auch für rechte Internet-Blogs wie „Politically Incorrect“, die hohen Zulauf aus der Mitte der Gesellschaft hätten.

Hadija Haruna berichtet dann über einen Fall von Zivilcourage, in dem eine Frau und ihre Begleiterin im Kassler Hauptbahnhof zwei Bundespolizisten dabei beobachtet hatten, wie sie nur Schwarze Menschen nach ihren Personalien befragten. Die Frauen hatten die Kontrolle aus nächster Nähe beobachtet. Die Bundespolizisten reagierten mit einem Platzverweis und führten die Klägerin im sogenannten Polizeigriff hinaus. Um diesen Platzverweis als rechtswidrig festzustellen hatte eine der Frauen geklagt und wurde damit abgewiesen. Die Klägerin wird nun vor dem Oberverwaltungsgericht in die Berufung gehen. Frau Haruna kommentiert, dass es nach einem erneuten zähen Kampf um Anerkennung aussähe, nachdem das gleiche Gericht bereits den Fall eines Schwarzen jungen Mannes verhandelt hatte, der gegen eine selektive Personenkontrollen geklagt hatte. Erst in der Berufung hatte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz die erstinstanzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Koblenz aufgehoben und die Maßnahme als Grundgesetzwidrig eingestuft.

Doch auch positive Aspekte betont Hadija Haruna: Über die Hartnäckigkeit, den Widerstand und Kampf vieler Menschen, ihre Rechte einzufordern, freue sie sich. Auch darüber, dass Deutschland eine Rüge vom Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen ausgesprochen wurde. Das zeige deutlich, wie sehr die Bundesrepublik in Sachen Rassismusbekämpfung hinterherhinke und dass zu wenig getan würde, um Menschen zu schützen. Sie sei gespannt, was diesbezüglich passiere, gleichzeitig aber auch besorgt über die aktuelle populistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete und Asylbewerber, die vor allem durch die Macht der Worte beeinflusst sei. Als Beispiele nennt sie Aussagen des Innenministers Friedrich sowie des Deutschen Städtetages zu Asylbewerberzahlen und „Armutszuwanderung“.

Frau Haruna stellt die Frage, warum die offensichtliche, so genannte multikulturelle Normalität weder in den Medien noch in den Köpfen vieler Menschen angekommen sei? Sie sieht die Antwort darin, dass Deutschland zwar ein Einwanderungsland sei, aber zu lange keines sein wollte. Mit der Einsicht ein Einwanderungsland zu sein, kam es dann zum ersten Integrationsgipfel. Doch bis heute sei ungeklärt, was der Begriff Integration genau beschreiben soll. Viele verstünden darunter die Assimilation an ein weiß deutsches Selbstverständnis: Integriert ist, wer sich anpasst, wer sein ursprüngliches ablegt, wer deutsch ist.



Doch was bedeute dies? Hadija Haruna verweist mit einem Zitat auf die Dichterin May Ayim und erläutert ihre persönliche Haltung zum Thema nationale Zugehörigkeit: Dass in ihren Augen Heimat nichts mit einem Pass zu tun habe und ihre Bindestrich-Identität keine Rolle für sie spiele. Im Gegensatz zu anderen Menschen.

Was nach Hadija Harunas Ansicht fehlt, ist Anerkennung. Anerkennung der Teilhabe und Zugehörigkeit. Statt dessen sei sie es gewohnt, dass andere sie permanent einordnen, zuordnen und manchmal bestimmten Bildern unterordnen. Dies passiere schnell, da sie einen sichtbaren Migrations-Vordergrund habe. Nicht nur ihr Name – auch die Optik markiere sie in diesem Land.

In diesem Zusammenhang erläutert Frau Haruna die Begriffe, Schwarz / Weiß / People of Color und verweist auf das Konzept „Critical Whiteness“. Diese aus dem amerikanischen Kontext stammende Theorie bedürfe in Deutschland allerdings einer Adaption, die die deutsche Kolonial- und Migrationsgeschichte mit einbindet. So sei in Deutschland die Kategorie „weiß sein“ immer auch an ein „deutsch sein“ gebunden. Durch Sozialisation, Medien und Kultur wachsen wir mit dieser Norm auf. Hadija Haruna hinterfragt das „deutsch sein“ und die Angst vor seinem Verlust und dem Verschwinden einer angeblichen eigenen „deutschen“ Identität. Dies auch im Hinblick darauf, dass es nie das „absolute Deutschein“ gab und die meisten Menschen in Deutschland eine Migrationsgeschichte in ihrer Familienbiographie hätten.

Frau Haruna schlussfolgert, dass wir alle Einheimische sind. Und dass, wenn man schon über nationale Zugehörigkeit reden müsse, bereits die Kinder der ersten Generation von Menschen mit Migrationserfahrung Deutsche seien und deren Kinder und deren Kinder es auch sein würden. Und dass dieses Deutsch sein nichts mit weiß sein zu tun habe, sondern mit Teilhabe, Sozialisation und einem Zugehörigkeitsgefühl, damit, wo man sich zu Hause fühle. Es sei Zeit anzuerkennen, dass Deutschland nichts verloren gehe, wenn es seine Kinder anerkenne und ihnen erlaube vielfältig zu sein und beispielsweise ihre doppelte Staatsbürgerschaft zu behalten.

Sie warnt vor einer reinen Nützlichkeitsargumentation, die das Hier sein von Eingewanderten dadurch legitimieren will, dass sie Arbeitskräfte sind, die später Rente zahlen. Oder Fachkräfte, die eine Antwort auf den Mangel sein sollen. Hadija Haruna kritisiert, dass weißen Menschen Intelligenz oder Fortschrittlichkeit meist automatisch zugeschrieben würden, People of Color und Schwarzen Menschen hingegen müssten häufig erst „beweisen“, dass sie „intelligent“, „emanzipiert“ oder „integriert“ seien. So käme zur Belastung durch Rassismuserfahrungen der Druck hinzu, als „Ausnahme-Migranten“ noch mehr leisten zu müssen, um zu den „Guten“ zu gehören. Insbesondere vor dem Hintergrund der massiven Chancenungleichheit in Deutschland, beispielsweise im Bildungssystem, hält Frau Haruna dies für geradezu zynisch.

Es müsse darüber nachgedacht werden, dass auf lange Sicht auch politische Teilhaberechte für Menschen mit Migrationsgeschichte nicht ausreichen, um Rassismus nachhaltig zu überwinden, sondern dass es einer handlungsorientierten, staatlichen und zivilbürgerlich gesteuerten Strategie bedürfe, die sich einer diskriminierungsfreien und solidarischen Gesellschaft verpflichte und die Gleichbehandlung aller ihrer Mitglieder betone und fördere.



Hadija Haruna betont: Wer Rassismus bekämpfen will, muss sich trauen die bestehenden Verhältnisse offen zu benennen. Sie fordert eine ehrliche Debatte über Rassismus und dass die Gesellschaft den Gegnern und Opfern von Rassismus Stimme und Gehör verschaffe, ohne sie zu Opfern zu machen. Sie müsse sie anerkennen anstatt auszugrenzen.

Abschließend erläutert Frau Haruna, dass sie sich mehr Menschen wünsche, die den Versuch wagen, die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern. Wer sich auf diese Auseinandersetzung einlasse, werde begreifen, dass eine kritische Selbstreflexion ohne Selbstgeißelung möglich sei und es nur darum gehe, den Blick von denjenigen, die Rassismus erfahren, auf das System zu lenken – den Kern des Problems. Es geht Hadija Haruna dabei nicht um das einzelne Individuum, sondern um die Rassismen in unserer Sozialisierung. Um einen ehrlichen Diskurs und die Anerkennung der gemeinsamen Geschichte.

Frage- und Diskussionsrunde



Die anschließende Frage- und Diskussionsrunde eröffnet Till Fichtner von der Stadt Erlangen mit dem Hinweis, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fast alle zivilgesellschaftlichen Projekte gekürzt hätte wegen der Umverteilung von Geldern auf den Bereich „Asyl/Flüchtlinge“. Daher werde die Förderung vieler Projekte gekürzt oder gestrichen.

Frau Lüders von der ADS erklärt sich gerne bereit, bei den staatlichen Stellen drauf hinzuweisen, merkt aber an, dass die ADS keinem Ministerium zugeordnet sei und selber unter Kürzungen zu leiden habe.

Frau Claude Amelon, berichtet als Frau mit Migrationserfahrung aus Frankreich und weist auf eigene Rassismuserfahrungen hin.

Petra Wlecklik von der IG Metall fragt Frau Lüders, ob es seitens der ADS Untersuchungen zum Thema Diskriminierung in der Arbeitswelt gäbe. Sie dankt zudem Hadija Haruna für ihren Beitrag und hält es in diesem Zusammenhang ebenfalls für sehr wichtig – vor allem vor der Europawahl 2014 – auf die Partei AfD zu schauen.

In ihrer Antwort weist Frau Lüders auf die aktuelle Studie der ADS mit dem Titel „Diskriminierungen im Bildungs-bereich und im Arbeitsleben“ hin.

(http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2013/Bericht_Bundestag_20130813.html)

Aus dem Plenum wird die Frage gestellt, warum Rassismus kein Thema in der Schule sei.





Jürgen Micksch antwortet, dass dies – zum Beispiel an den Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage – ein Thema sei, von den Kultusministerien aber mehr erwartet werden könne.

Hadija Haruna ergänzt, dass in den Schulen vor allem auch die Lehrenden sensibilisiert werden müssten.

Julian Böhm, Vertreter einer Schule ohne Rassismus, bestätigt dieses Problem. Sie würden in ihrer Arbeit vor allem auch bei den Eltern auf Blockaden und Desinformation stoßen. Die Finanzierung sei hingegen vor Ort kein größeres Problem.

Frau Maria Ringler vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. lobt die diesbezügliche Arbeit der ADS, wie beispielsweise das Werben für die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen an Schulen.

Frau Lüders betont, dass nicht nur Forschung, sondern auch aktive Handlungsoptionen wichtig seien. Hierzu gehöre die Lehrer/innen- und Erzieher/innenschulung im Bildungsbereich. Zudem gelte es, die Kultusminister der Länder von den Beschwerdestellen zu überzeugen. Eine bereits existierende Stelle in Hannover könne hier als Best-Practice-Beispiel dienen.

Elina Stock von der GEW unterstützt diese Idee. Es gäbe auch bereits sehr gute Initiativen, die Lehrkräfte schulen und sensibilisieren. Das Problem sei häufig, dass die Lehrkräfte im Schulalltag sehr eingebunden seien und das Thema daher eine zusätzliche Herausforderung darstelle.

Jörn Menge (Laut gegen Nazis e.V.) berichtet über 25 Workshops, die im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2013 in Hamburg umgesetzt wurden. Er hat die Erfahrung gemacht, dass die Schüler/innen sich durchaus mit dem Thema Rassismus beschäftigen wollen, die Bildungspolitik in Deutschland aber Defizite hätte und das Kultusministerium kaum reagieren würde.



Athanassios Krikis vom Griechischen Verband Deutschland erzählt von seinen Bestrebungen, ein griechisches Netzwerk aufzubauen. Er betont zudem, dass das Menschsein wichtig sei – nicht die ethnisch oder nationale Herkunft.

Frau Monique Tarfeld (AHS Berufskolleg Siegen) unterrichtet Interkulturelle Erziehung und würde das Thema gerne stärker implementieren, fragt aber, wer dies finanzieren könne. Till Fichtner weist auf das Cafégespräch zu diesem Thema am Nachmittag hin.

Dr. Theo Zwanziger dankt zuerst für die Auszeichnung, Botschafter des Projektes sein zu dürfen. Das Thema liege ihm sehr am Herzen. Er weist auf zwei kommende politische Ereignisse hin: Die Europawahl 2014 sowie die Regierungsbildung in Berlin. Er hofft diesbezüglich auf Mut und Verantwortung zu Veränderungen. Er selber will gerne dazu beitragen, denn das Kerngeschäft einer Gesellschaft sei es, sich gegen Diskriminierung und



Rassismus zur Wehr zu setzen. Ziel sei es, eine Zivilgesellschaft zu gründen, in der solche Tendenzen nicht mehr vorhanden sein. Herr Zwanziger ist es wichtig, dass im Grundgesetz Menschenrechte verankert seien – nicht Rechte für Deutsche. Er sieht drei Wege, um rassistische Einstellungen – die tief in uns allen verwurzelt seien – zu überwinden:

- Ehrenamt
- Vernetzung von Initiativen
- Glaubwürdigkeit (bei vielen sei Engagement nur ein halbherziges Alibi, es müsse sich aber im Handeln niederschlagen)

Der Leiter der Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, Dr. Gregor Rosenthal, erklärt sich bereit, im Bereich Netzwerkbildung aktiv zu sein. Er weist zudem auf eine geplante Broschüre zum Thema Netzwerkbildung, Risiken und Erfolgsfaktoren hin. Darüber hinaus hofft er, dass das Thema Rassismus grundsätzlich in der Zivilgesellschaft unabhängig von der Regierungsbildung aufgegriffen würde. Der NSU-Ausschuss hätte bereits eine eindeutige und gemeinsame Positionierung und entsprechende Forderungen gefunden. Die Medienreaktion sei allerdings enttäuschend gewesen. Wichtig ist für Herrn Rosenthal auch, dass Projekten vertraut würde und sie nicht unter Verdacht gestellt würden.

Herr Ngamakoua Hakoua von der Universität Karlsruhe informiert darüber, dass seines Wissens nach viele Institutionen bereit wären, Schulen zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Der Vertreter der IGMG, Herr Oğuz Üçüncü, möchte die Beschreibung des Projektes „Muslime laden ein“ ergänzen. Hierbei ginge es weniger um einen weiteren „Tag der offenen Moschee“, sondern vielmehr darum, antimuslimischen Rassismus zum Thema zu machen. Insbesondere Alltagsrassismus entginge oft der Aufmerksamkeit.

Im Anschluss an die Frage- und Diskussionsrunde thematisiert Jürgen Micksch noch die Auftaktveranstaltung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus. Diese findet 2014 in Hannover statt– er bittet in diesem Zusammenhang um Vorschläge, für einen Veranstaltungsort im Jahr 2015.



Abschließend bittet Herr Micksch die Gastgebenden der Thementische, sich den Teilnehmenden vorzustellen und die jeweiligen Themen kurz zu skizzieren.

- Mittagspause -



Cafégespräche: 8 Themen an 8 Tischen

Nach der Mittagspause verteilen sich die Teilnehmenden an den verschiedenen Thementischen, an denen zu den folgenden Themen lebhaft diskutiert wird:



Tisch 1: „Rassismus fängt im Kopf an!“

Petra Wlecklik (IG Metall), Oswald Marschall (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma)

Die Wirkungsmacht rassistischer Vorurteile sowie Projekte und Maßnahmen, die Beiträge zu ihrer Überwindung leisten können oder geleistet haben.

Tisch 2: „Rassismus in Arbeit und Alltag – Wie Diskriminierung verhindert werden kann“

Ann-Kathrin Sost (ADS), Amine Tasdan (Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen)

Was kann gegen Benachteiligungen getan werden? Welche Unterstützung finden Betroffene? Vorstellung aktueller Projekte und Maßnahmen.



Tisch 3: „Politische Teilhabe ermöglichen“

Giovanni Pollice (IG BCE), Ulrike Foraci (agah)

Wege und Konzepte für gleiche politische Teilhaberechte von Migrantinnen und Migranten und Maßnahmen und Kampagnen, die diese Forderungen unterstützen.

Tisch 4: „Strukturen öffnen – Vielfalt abbilden“

Ntagahoraho Burihabwa (Deutscher Soldat e.V.), Hanna Daum (Randstad Deutschland)

Erprobte und innovative Strategien und Wege der interkulturellen Öffnung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen und Einrichtungen sowie von Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft.





Tisch 5: „Begegnungen organisieren – Vorurteile überwinden“

Ayse Aydin (DITIB), Dr. Jürgen Micksch (Interkultureller Rat)

Voraussetzungen für gelingende Begegnungs- und Dialogprojekte, Erfahrungen aus bereits realisierten Projekten und innovative Vorhaben.

Tisch 6: „Menschen mit Rassismuserfahrungen empoweren – Mit ihnen kooperieren“

Jamila Adler (AGARP), Hadija Haruna (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.)

Austausch über Voraussetzungen und Wege zur Kooperation von Betroffenen und Gegnern von Rassismus sowie über Konzepte und Strategien von Empowerment.



**Tisch 7: „Erfolgreiche Veranstaltungsfinanzierung“
Till Fichtner (Stadt Erlangen), Jörn Menge (Laut gegen Nazis e.V.)**

Wie können Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus finanziert werden? Austausch eigener Erfahrungen und Vorstellung von erfolgreichen Best-Practice-Beispielen sowie lokale Kooperations- und Bündnismöglichkeiten.

Tisch 8: „Professionelle Medienarbeit“

Ursula Rüssmann (Frankfurter Rundschau), Abdul-Ahmad Rashid (ZDF)

Austausch über erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Veranstaltungen und Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus und Vorstellung von Best-Practice-Beispielen.



Im Nachgang zu den Cafégesprächen wurde mit dem Plenum über die Methode der Cafégespräche im Vergleich zu Workshops oder ähnlichen Formaten diskutiert. Ergebnis war die einstimmige Annahme der offenen Thementische - auch für die zukünftigen Vorbereitungstagungen. Es gab lediglich die folgenden Verbesserungsvorschläge:

- ein größerer oder mehrere Räume wegen des Lautstärkepegels
- einen „Zwang“ zum Wechsel der Teilnehmenden an den Tischen, um zu vermeiden, dass alle über den gesamten Diskussionszeitraum an einem Tisch verweilen
- bessere Möglichkeiten, Ergebnisse für alle sichtbar zu notieren (z.B. Flipcharts auf den Tischen)



Schlusswort

DR. GREGOR ROSENTHAL / Leiter der Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Dr. Rosenthal bedankt sich für die Gelegenheit der Teilnahme und des Schlussworts und freut sich, dass das Bündnis für Demokratie und Toleranz neuer Partner der Internationalen Wochen gegen Rassismus ist.

Er konstatiert, dass Rassismus und Vorurteilen in unterschiedlichen Formen begegnet werden müsse. Auch Ausgrenzung erleben alle in verschiedenen Formen. Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat gezeigt, dass die Ausländerfeindlichkeit mit 25,1 % bezogen auf ganz Deutschland die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension ist. Eine Studie des Bielefelder Sozialforschers Wilhelm Heitmeyer belegt 20% Zustimmung zu der Einstellung „Juden hätten zuviel Einfluss“. Diese Ergebnisse zeigen nach Gregor Rosenthal, dass Rassismus in der Mitte der Gesellschaft beheimatet sei. Auch bei politisch motivierten Straftaten hätten „fremdenfeindliche“, antisemitische und rechtsextreme Gewalttaten Zuwächse.

Dem könne man kreatives Engagement und die Willkommens- und Anerkennungskultur entgegensetzen. Herr Rosenthal betont, dass auch diejenigen, die sich engagieren, Anerkennung erfahren müssten. Akteure würden häufig auf Widerstand stoßen, Anerkennung aber würde ihnen Mut machen.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz bemühe sich, hier zu unterstützen. Weiter informiert Herr Dr. Rosenthal darüber, dass das Bündnis im Zuge der Vorkommnisse von Rostock-Lichtenhagen und dem Mord an Amadeu Antonio gegründet worden sei.

Gregor Rosenthal erläutert, dass ein Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und dem Interkulturellen Rat eigentlich auf der Hand liege und er der Anfrage deshalb gerne zugesagt hätte. Unter anderem würde das Bündnis auch einen Artikel zum Materialheft zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014 beitragen. Darüber hinaus sei eine konkrete Zusammenarbeit bei Veranstaltungen möglich und wünschenswert.

Schließlich informiert Herr Rosenthal darüber, dass das Bündnis für Demokratie und Toleranz verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten biete (auch finanzielle) und weist auf den jährlichen Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ hin, bevor er sich bei den Teilnehmenden und dem Interkulturellen Rat bedankt.

Abschließend bedankt sich auch Jürgen Micksch noch einmal bei allen Referierenden und Teilnehmenden für ihre Diskussionsbeiträge sowie bei der Projektreferentin für die Vorbereitung und Organisation der Tagung und beendet die Veranstaltung um 16:00 Uhr mit dem Wunsch auf gute Veranstaltungen und Initiativen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014.



Sponsoren der INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2013

AXA Konzern Aktiengesellschaft
Continental Reifen Deutschland GmbH
ERGO Versicherungsgruppe AG
Gauselmann AG
HORNBACH-Baumarkt-AG
Johnson Controls GmbH
Lidl Personaldienstleistung GmbH & Co. KG
NIKE Deutschland GmbH
Randstad Deutschland
REWE Markt GmbH
Robert Bosch GmbH
Adolf Würth GmbH & Co. KG

Unterstützer der INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2013

Amadeu Antonio Stiftung
Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main
Bundesliga-Stiftung
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund
Deutscher Fußball-Bund
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Evangelische Kirchen in Hessen und Nassau, im Rheinland, von Westfalen und Lippische Landeskirche
Fraport Skyliners
HSE-Stiftung
IG Bergbau Chemie Energie (IG BCE)
IG Metall
Koordinationsstelle Fan-Projekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend
Mach meinen Kumpel nicht an – Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
PRO ASYL
Sebastian Cobler Stiftung
Stiftung Zusammen Wachsen
Technische Fachhochschule Georg Agricola

Gefördert vom Bundesministerium des Innern, von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und von der Robert Bosch Stiftung.



Robert Bosch **Stiftung**



Kooperationspartner der INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2013

AFS Interkulturelle Begegnungen
Aktion Courage
Anne Frank Zentrum
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
Christliches Jugenddorfwerk Deutschland
Der Paritätische Gesamtverband
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Deutsche UNESCO Kommission
Deutscher Bühnenverein
Deutscher Bundesjugendring
Deutscher Caritasverband
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Deutscher Kulturrat
Deutscher Städtetag
Deutscher Volkshochschul-Verband
Deutsches Kinderhilfswerk
Deutsches Rotes Kreuz
Diakonisches Werk der EKD
Forum gegen Rassismus
Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit – Deutscher Koordinierungsrat
Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA)
Institut für Kino und Filmkultur
Internationaler Bund
Laut gegen Nazis
LIONS Clubs International – Multidistrikt Deutschland
Pax Christi
Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland
terres des hommes Deutschland
Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)
United – European Actionweek Against Racism
Verband binationaler Familien und Partnerschaften – iaf
WDR – Westdeutscher Rundfunk
World University Service – Deutsches Komitee
Zentralrat der Juden in Deutschland
Zentralrat der Muslime in Deutschland
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
Zentralverband des Deutschen Handwerks
ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen